

Ein zukunftsweisendes und nachhaltiges Klimaquartier, das den Menschen, die Kronberg dringend braucht, Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellt – dies in einem städtebaulich richtigen Maßstab – keine kleine Aufgabe, die sich die Kronberger Politik gestellt hat und für die die Kronberger Grünen sich in den vergangenen Jahren immer wieder stark gemacht haben und bei den anderen Fraktionen erfolgreich um Zustimmung geworben haben...

Nun ist man diesem Schritt mit dem Architektenwettbewerb, dessen Ergebnisse im April auch für die Kronberger Bürger und Bürgerinnen ausgestellt waren, einen großen Schritt näher gekommen. Dem auf Platz 1 gewählte Entwurf bescheinigt das hochrangig und kompetent besetzte Preisgericht kompakte Proportionen, die sich wie selbstverständlich in das bauliche Umfeld einfügen, die einen Wechsel aus privaten Gärten, Gemeinschaftsgärten und offenem Quartiersanger bieten, über offene und einladende Hauseingänge verfügen und geringe Treibhausgasemissionen sowohl in der Herstellung wie im gesamten Lebenszyklus aufweisen. Es entsteht ein Quartiersbild mit hohem Wiedererkennungswert und sozialer Identität.

Auf dieser vielversprechenden Grundlage hätten sich die Grünen in der aktuellen Stadtverordnetenversammlung gewünscht, dass alle Fraktionen dem im Wettbewerbsverfahren vorgesehenen Verhandlungsverfahren zustimmen und damit den Weg frei machen, für weitere Untersuchungen, wie das für Kronberg so wichtige Projekt umgesetzt werden kann und welche der zahlreichen möglichen Stellschrauben gedreht werden können, um die wirtschaftlichen Risiken für die Stadt zu minimieren. Einen entsprechenden Änderungsantrag hatten sie daher gemeinsam mit FDP, SPD und UBG eingebracht. Nötig wurde dieser Änderungsantrag, weil der Magistrat einen eigenen Antrag einbrachte, mit dem er sich von dem Projekt verabschieden wollte - in den Augen der grünen Fraktion keine gute Idee, weswegen sie sich mit ihrem gemeinsamen Änderungsantrag für eine Fortführung des Verfahrens einsetzen.

Obwohl alle Fraktionen stets betonen, bezahlbaren Wohnraum schaffen zu wollen, standen in der gestrigen Sitzung aus Sicht der Grünen mögliche Hindernisse zu stark im Vordergrund, sodass es einigen Beteiligten am gestrigen Abend am Mut zu einem Ermöglichungsschritt mangelte. Die grüne Fraktion bedauert außerordentlich, dass in der Stadtverordnetenversammlung kein klares Zeichen gesetzt wurde für ein zukunftsweisendes Klimaquartier, das Menschen, die, angesichts explodierender Mieten, auf dem „normalen“ Wohnungsmarkt kaum noch etwas finden, eine Wohnung zu bezahlbaren Preisen bietet. Erzieher*innen, Pflegekräfte, Handwerker, Menschen, die sich bei der Feuerwehr engagieren - all diese Menschen braucht Kronberg dringend und damit auch die entsprechenden Wohnungen.

Durch die nicht getroffenen Beschlüsse in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung, ist dieser Weg in den Augen der Grünen nun erneut unnötig ausgebremst worden, aber, so Fraktionsvorsitzende Mechthild Schwetje „Wir werden nicht müde, für das Projekt „Klimaquartier am Bahnhof“ zu kämpfen und werden in der Sommerpause auf alle Fraktionen zugehen um gemeinsam nach mehrheitsfähigen Lösungen zur Umsetzung des Projektes zu suchen. Wir Grüne bleiben optimistisch, dass das tolle Wettbewerbsergebnis realisiert werden kann.“ Und der neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Zock ergänzt: „Ich war in meiner ersten Stadtverordnetenversammlung überrascht über die Mutlosigkeit und Unentschlossenheit der Mehrzahl der Fraktionen, aber wir bleiben natürlich weiterhin offen für konstruktive Gespräche, um das Wohnen am Bahnhof zu ermöglichen.“

Vorgeschichte:

Nachdem die entscheidenden Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) sowie des Haupt- und Finanzausschusses (HfA) der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Kronberg stattgefunden haben, befürchtet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Aufgabe der sozialen Ziele für das Projekt Baufeld V. Hintergrund dieser Befürchtungen ist die sich abzeichnende Mehrheit von CDU, FDP und KfB für einen neu eingebrachten Antrag, der die Beendigung des aktuell noch laufenden Wettbewerbsverfahrens für das Baufeld V vorsieht.

Anstatt das laufende Verfahren zu Ende zu führen und damit entscheidende Informationen zur Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit des Projektes zu erheben, scheinen die drei genannten Fraktionen bereits zum jetzigen Zeitpunkt entschlossen, das Projekt auf völlig neue Füße stellen zu wollen. Sie planen mit ihrem Antrag statt einer Umsetzung durch den erst vor Kurzem gegründeten Eigenbetrieb der Stadt Kronberg, eine Umsetzung durch einen privaten Investor. Dieses Vorgehen wirft aus Sicht von Mechthild Schwetje, der Fraktionsvorsitzenden der Grünen Fraktion, erhebliche Fragezeichen auf: „Der von der CDU, FDP und KfB vorgeschlagene Weg würde für das Baufeld V bedeuten, dass die Stadt Kronberg für die weitere Planung die im Wettbewerb prämierten Architekturentwürfe für das ursprünglich geplante Klimaquartier aufgibt und sich damit von hervorragenden Ideen für ein soziales und ökologisches Wohnquartier verabschiedet.“ Zusätzlich wäre auch völlig unklar, welcher Investor hier gefunden werden könnte.

Was die soziale Ausrichtung des Projektes angeht, wäre eine Umsetzung dieser Ziele völlig unklar, da der Antrag der drei Fraktionen weder klare Aussagen zu Umfang und Qualität sozialen Wohnraumes beinhaltet noch eine Aussage dazu trifft, ob und in welchem Umfang der geplante Wohnraum mit gedämpften Mieten entstehen könnte. Angesichts all dieser Unsicherheiten befürchtet der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Alexander Zock, einen „Zurück auf Null“ am Baufeld V. Hierdurch dürfte aus seiner Sicht, was eine Umsetzung der Bebauung angeht, eher mit einer Verzögerung als mit einer von dem Verbund der

bürgerlichen Parteien angestrebten Beschleunigung des Verfahrens zu rechnen sein. Auch die angestrebte Reduzierung von Projektrisiken durch diesen neuen Weg ist für Alexander Zock nicht erkennbar, da die entsprechenden Risiken auch von einem privaten Investor nicht zum Nulltarif getragen würden.

Am schmerzlichsten erscheint aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen aber der überstürzte Abbruch des laufenden Verfahrens, in dem alle von CDU, FDP und KfB thematisierten Fragen einer ergebnisoffenen Klärung durch einen ebenfalls vorliegenden Antrag der Fraktionen SPD, UBG und Bündnis 90 /Die Grünen zugeführt werden sollten.

Sollte am 25.09.25 in der Stadtverordnetenversammlung der Antrag von CDU, FDP und KfB tatsächlich eine Mehrheit erhalten, stünde es aus Sicht der Fraktion der Grünen um das Thema „Schaffung sozialen Wohnraumes in Kronberg“ deutlich schlechter. Zusätzlich wären aus Sicht der Fraktion alle entscheidenden Fragen weiterhin offen, ohne dass eine konkrete Alternativplanung erkennbar ist. Die Fraktionsspitze von Bündnis 90/Die Grünen hofft daher, dass bis zur anstehenden Stadtverordnetenversammlung die Beteiligten doch noch einen Weg finden können, nicht hinter die bereits erzielten Ergebnisse zurückzufallen und auch weiterhin den Weg zu einem Klimaquartier mit starker sozialer Ausrichtung gehen zu können.